

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage). Verantwortlicher Redakteur für den Teil Lokales und Provinziales Reinhold Dreßler, für die Inserate Rudolf Kohnst, Halle, für den übrigen Inhalt Otto Pollender, Leipzig. — Verl. der Volksstimme G. m. b. H., Halle, Große Ulrichstraße 27. — Druck Freie Presse G. m. b. H., Leipzig, Königspl. 5. — Bezugspreis: Monatlich 1 Mark, beim Abholen von der Expedition 90 Pfennig. Bei den Verkauftanten vierteljährig 2.70 M. ohne Postgebühren. Einzelne Nummern 10 Pf. — Insetionsgebühr: Die gesp. Kolonietexte 20 Pfennig, Inserate v. auswärts 25 Pfennig, im Restameteil Zeile 75 Pfennig. Verlag u. Expedition: Halle, Große Ulrichstraße 27. Fernspr. 5407. — Zeitungspreisliste Seite 411.

Nr. 259.

Halle, Donnerstag den 7. November 1918.

2. Jahrgang.

Genosse Moskwa Gouverneur von Kiel.

Wie uns aus Berlin aus zuverlässiger Quelle berichtet wird, ist Genosse Moskwa zum Gouverneur der Stadt und des Bezirks Kiel bestellt worden. Ihm sind sämtliche Behörden unterstellt. Moskwa arbeitet mit dem Arbeiter- und Soldatenrat zusammen.

Auch für das Hamburger Gebiet ist eine ähnliche Einrichtung geplant.

Ein Aufruf des Reichskanzlers. Eine Entschliegung der Sozialdemokratie zur inneren Neuordnung und Kaiserfrage.

Berlin, 6. November. (Umlich.) Der Reichskanzler erläßt folgenden Aufruf an das deutsche Volk:

Präsident Wilson hat heute auf die deutsche Note geantwortet und mitgeteilt, daß seine Verbündeten den 14. Punkten, in denen er seine Friedensbedingungen im Januar dieses Jahres zusammengefaßt hatte, mit Ausnahme der Freiheit der Meere zugestimmt haben, und daß die Waffenstillstandsbedingungen durch Marshall Foch mitgeteilt worden. Damit ist die Normsetzung für Friedens- und Waffenstillstandsbedingungen gleichgesetzt. Am dem Blutsieg ein Ende zu machen, ist die deutsche Abordnung zum Abschluß des Waffenstillstandes und zur Annahme der Friedensverhandlungen heute ernannt worden und nach dem Westen abgerückt. Die Verhandlungen werden durch American und baltischen Verbündeten in ihrem ersten Stadium verhandelt werden. Dieser über Jahre hat das deutsche Volk in Einigkeit und Ruhe die schwersten Leiden und Opfer des Krieges getragen. Wenn in der entscheidenden Stunde, in der nur unabdingbare Einigkeit des ganzen deutschen Volkes größere Gefahren für seine Zukunft abwenden kann, die letzten Schritte verfallen, so sind die Folgen nicht abzusehen. Aufrechterhaltung der bisher gewohnten Ordnung in freiwilliger Mithilfe ist in dieser Entscheidungslunde eine unerlässliche Forderung, die jede Volksgemeinschaft heben muß. Mag jeder Staatsbürger sich der hohen Verantwortung bewußt sein, die er in Erfüllung dieser Pflicht seinem Volke gegenüber trägt. Der Reichskanzler: Max, Prinz von Baden.

Der Parteiausschuß und die Reichstagsfraktion der Sozialdemokratie haben in mehrstündiger Beratung die Gesamtlage durchsprochen und einmütig folgende Entschliegung beschlossen:

Fraktion und Parteimitglieder fordern, daß der Waffenstillstand ohne jede Verzögerung durchgeführt werde. Die Fraktion und der Parteiausschuß fordern weiter die Amnestie für militärische Vergehen und Straffreiheit der Mannschaften, die sich gegen die Disziplin vergangen haben. Sie fordern unerwähnt die Demokratisierung der Regierung, sowie die Überwälzung der Verantwortung der Bundesstaaten.

Die Reichstagsfraktion und der Parteiausschuß beauftragen die Fraktion, dem Reichskanzler mitzuteilen, daß die Fraktion und der Parteiausschuß den von der Parteileitung in der Kaiserfrage unternommenen Schritten förmlich billigen und unterstützen und eine schnelle Regelung dieser Frage fordern.

Das Reich, die Bundesstaaten und die Gemeinden erlassen ununterbrochen Aufrufe an die Bevölkerung, um ihnen zu vermitteln und sich nicht zu Unkonvenienzen hinrichten zu lassen. Die erdrückende Mehrheit der Bevölkerung ist damit einverstanden. Diese Aufrufe der Behörden und der Wille

der Bevölkerung allein reichen aber nicht hin, die Ordnung aufrechtzuerhalten. Dies ist nur möglich, wenn die Reichs- und Staatsregierungen mit größter Behleunigung die Demokratisierung und die Amnestie für militärische Vergehen in weitestem Maße durchführen.

Nicht zuletzt aber duldet die endgültige Regelung der Kaiserfrage keinen Aufschub. Wenn der Kaiser und seine Umgebung die Stimme des Volkes nicht hören wollen, dann muß dem Kaiser von der Reichsleitung die unabdingbare Notwendigkeit dieses Schrittes nahegelegt werden. Wenn auch der Abschluß des Waffenstillstandes unter den jetzigen Verhältnissen noch möglich ist, die Friedensverhandlungen werden zweifellos unangenehm beeinflusst werden, wenn der Kaiser bleibt, und das ist nicht nur die Meinung der Sozialdemokratie, sondern auch weiter Kreise des Bürgertums.

Wie uns noch direkt von Berlin mitgeteilt wird, fordert die Leitung der sozialdemokratischen Partei und die sozialdemokratische Fraktion die sofortige Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts in Preußen und in den übrigen Bundesstaaten ohne alle „Sicherungen“ und das Wahlrecht der Frauen, ebenso den Rücktritt des Kaisers. Bei Nichterfüllung dieser Forderungen haben die sozialdemokratischen Minister und Reichstagsfraktion aus der Regierung auszutreten. Die Verantwortung für die Absteigerung liegt bei der Regierung.

Die Unterhandlungen an der Westfront.

Die Antwort auf die letzte Note der deutschen Regierung an den Präsidenten Wilson ist gestern in Berlin eingetroffen. Sie enthält die Stellungnahme der verbündeten Mächte zu Wilsons Friedensprogramm, behandelt Ansprüche der Gegner auf Schadenersatz und stellt der deutschen Regierung anheim, mit dem Marshall Foch in Verbindung zu treten.

Die Waffenstillstandsbedingungen sollten nach einer uns gewordenen Meldung Donnerstag mittig 12 Uhr in Berlin mitgeteilt werden.

Die Kommission, die sich noch gestern an den Waffenstillstandsverhandlungen nach dem Westen begeben hat, legt sich aus folgenden Herren zusammen: Staatssekretär Czernberg, General v. Gündell, Graf Oberndorff, General v. Winterfeld und Kapitän Banelow.

Der Wortlaut der letzten Antwort Wilsons.

Das Holländische Bureau meldet aus Washington: Staatssekretär Lansing hat folgende Note vom 6. November durch Vermittlung des schweizerischen Botschaftsträgers an die deutsche Regierung gelangen lassen.

„In meiner Note vom 22. Oktober 1918 habe ich Ihnen mitgeteilt, daß der Präsident seinen Notenwechsel mit den deutschen Verbündeten den Regierungen, mit denen die Regierung der Vereinigten Staaten verbündet ist, übermitteln hat mit der Anweisung, — falls die Regierungen geneigt sind, den Frieden zu den angegebenen Bedingungen und Bedingungen herbeizuführen — ihre militärischen Kräfte und die Kräfte der Vereinigten Staaten zu erheben, den gegen Deutschland verbündeten Regierungen die notwendigen Bedingungen eines Waffenstillstandes zu unterbreiten, die die Interessen der beteiligten Staaten in vollem Maße wahr und den verbündeten Regierungen die unbeschränkte Macht sichern, die Eingriffe des von der deutschen Regierung angenommenen Friedens zu gewährleisten und zu erzwingen, falls sie einen solchen Waffenstillstand zum militärischen Standpunkt aus für möglich halten.“

Der Präsident hat nun ein Memorandum erhalten, das die Anmerkungen der verbündeten Regierungen enthält und folgenden lautet:

Die verbündeten Regierungen haben sich mit dem Notenwechsel der deutschen Regierungen der Vereinigten Staaten und der deutschen Regierung erfolgt ist, beschäftigt und sie erklären nach den ihnen gewordenen Mitteilungen über Bereitwilligkeit, mit der deutschen Regierung Frieden zu schließen auf Grund der Bedingungen, die der Präsident in seiner Ansprache an den Kongreß vom 8. Januar 1918 barzulegt hat und ebenso auf Grund

der Prinzipien, die er in seinen folgenden Ansprüchen zum Ausdruck gebracht hat.

Die verbündeten Regierungen weisen darauf hin, daß § 2, der sich auf die gewöhnlich als „Freiheit der Meere“ bezeichnete Frage bezieht, verschiedener Auslegungen fähig ist, von denen sie einige nicht annehmen können. Sie müssen sich daher in dieser Hinsicht jegliche Freiheit vorbehalten, wenn sie auf der Friedenskonferenz erscheinen.

Ferner hat der Präsident bei Abfassung der Friedensbedingungen, die er in seiner Note vom 8. Januar niedergelegt hat, erklärt, daß die besetzten Gebiete nicht nur geräumt und befreit, sondern auch wiederhergestellt werden müssen. Die verbündeten Regierungen sind der Ansicht, daß es keinem Zweifel unterliegen wird, daß sie diese Maßnahmen in sich schließen. Sie verstehen sich dahin, daß Deutschland für jeglichen Schaden, welcher der Zivilbevölkerung der Verbündeten und ihren Besitztümern durch den Angriff Deutschlands zu Lande, zu Wasser und in der Luft zugefügt worden ist, Entschädigung leisten muß.

Ich bin vom Präsidenten beauftragt, zu sagen, daß er sich in Übereinstimmung mit dem im letzten Paragraphen des Memorandums gegebenen Auslegung mit den Verbündeten befindet. Ferner habe ich vom Präsidenten den Auftrag, Sie zu bitten, der deutschen Regierung mitzuteilen, daß Marshall Foch von der Regierung der Vereinigten Staaten und den alliierten Regierungen den Auftrag erhalten hat, gebrüder beglaubigte Vertreter der deutschen Regierung zu empfangen und ihnen die Waffenstillstandsbedingungen mitzuteilen.

Nach einer Meldung der Korrespondenz betrafte die deutsche Regierung die Note Wilsons als geeignete Grundlage für die Durchführung der Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen.

Schadenersatz — keine Freiheit der Meere.

Das Ergebnis der Berliner Konferenzen der Entente-Staaten mit den Abgeordneten des Präsidenten Wilson liegen jetzt vor. England lehnt die Freiheit der Meere, d. h. die Abstrichung zur See und die Freiheit des Handelsverkehrs auch in Kriegszeiten mit Bestimmtheit ab. Außerdem fordert die Entente Ersatz aller Schäden, welche Deutschland der Zivilbevölkerung und dem Besitz dieser Zivilbevölkerung in den feindlichen Staaten durch Angriffe zu Lande, zu Wasser und aus der Luft zugefügt hat. Das wird eine ungeheure Schadenersatzforderung werden. So unklarheit dieser Forderungen, dem sich jetzt Präsident Wilson ausdrücklich anschließt, ist die Forderung vollständigen Ersatzes für den verurteilten Schadensumfang der feindlichen Staaten — man kann diese Summierung wenigstens sehr leicht darunter verstehen.

Von den vierzehn Punkten des Präsidenten Wilson, die Deutschland als ein Ganzes angenommen hat, soll also das Entscheidende, was uns das wichtigste Zugeständnis war: die Freiheit der Meere, nicht wieder vom Versteck mit der ganzen übrigen bewohnten Welt abgetrennt zu werden. Dafür verfährt die Entente die an sich schon harten Friedensbedingungen Wilsons durch das Verlangen nach einer gewaltigen Kriegsschadenersatzforderung, an der Deutschland schwer zu tragen haben wird. Aber jetzt ist nicht die Zeit, lange zu überlegen, ob die Bedingungen hart oder härter sind. Die Regierung hat nachgelegt die Waffenstillstandskommission zu Foch entsandt, nachdem nun endlich die Bereitwilligkeit aller Entente-Staaten zu Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen herbeigeführt ist. Denn es eilt mit dem Aufhören des Werdens — es ist keine Zeit mehr zu verlieren. Wir wollen hoffen, daß noch in dieser Woche das Wort endlich sein Ende findet.

Die Zeit arbeitet für uns.

Daß die Parlamentarisierung, wie sie bei uns in Sachsen durchgeführt ist, eine höchst zweifelhafte Sache ist, hat auch die Aussprache gezeigt, die sich an die Programmerrklärung der Regierung in der Zweiten Kammer angeschlossen. Die National-Liberalen und Konserverativen sind nur mit halbem Herzen bei der Sache. Mit der anderen Hälfte hatten sie an der Verhandlung, in der die sozialistische Gefahr durch das famose Wahlrechtssystem — das den Sozialdemokraten den ihnen gebührenden Einfluß vorenthält und bezir den beiden großen bürgerlichen Parteien eine gleiche Stärke eintrug, so daß sie sich gegenseitig die Waage halten, zusammen aber jeden Versuch gegen die Sozialdemokratie verhindern konnten — gekannt war. So zweifelhaft sich die Parlamentarisierung angeht hat, und so fragwürdig sich daher auch die politische Neuordnung gestalten zu wollen scheint, alles das sieht doch wesentlich anders aus, als das was vorher war, und genügt deshalb vollauf, um die kapitalistischen Herzen vom immobilen und mobilen Kapital mit größter Begehrnis der zukünftigen Entwidlung entgegenzusetzen zu lassen. Und all das wird gemäß vermindert werden, wenn nicht die Not der Zeit den nötigen Anstoß hinter die Dinge setzt hätte. Der Weg, sagte Dr. Rietzhammer, auf dem der Staatsratum dann kontrolliert, sich schmal und gefährlich. Man dürfe aber nicht rückwärts blicken — obwohl seine Gedanken in die Vergangenheit schweiften —, sondern müsse sich vor Augenmerken, daß der Feind noch unseren Grenzen stehe. Dr. Rietzhammer erkannte auch bei

